

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

46 (3.10.1947)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbezug: Mk 1,60 einschl. Trägelohe, durch die Post Mk 1,94 / Anzeigen nach Tarif gegen Kennkarten- ausweis / Anzeigen- und Redaktionschluss Mittwoch und Samstag 14 Uhr

KREISAUSGABE

STADT UND LANDKREIS LAHR

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2365 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400 Bankkonto: Deutsche Bank, Zweigst. Lahr / Keine Ersatzanspr. bei Störungen durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

NR. 46 / 1. JAHRG.

FREITAG, DEN 3. OKTOBER 1947

PREIS 20 PFENNIG

Letzter Fink

Washington. Dem Vorsitzenden der amerikanischen Kreditkommission wurde die Einreise in die Sowjet-Union verweigert.

London. Delegierte der britischen Gewerkschaften kamen in Besprechungen mit Premierminister Attlee überein, daß Lohnfragen durch Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung geklärt werden sollen.

Paris. Die Pariser Automobilausstellung wird am 30. Oktober eröffnet werden.

Bukarest. In Büros der Bauernpartei und Wohnungen der Mitglieder wurden Waffen und Geldbeträge gefunden die auf ein Verschwörer-Zentrum schließen lassen.

Frankfurt a. O. Aus der Sowjet-Union sind 5000 ehemalige Kriegsgefangene eingetroffen.

Prag. Das tschechische Parlament ratifizierte die Friedensverträge mit den deutschen Satelliten-Staaten.

Zwischen DIENSTAG u. DONNERSTAG

Deutschland: Die britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden wollen den durch die Trockenheit hervorgerufenen Minderertrag an Kartoffeln in der Bizone durch Einführen aus anderen Ländern ausgleichen. — Alle in Deutschland ansässigen griechischen Tabakhändler haben Anweisung erhalten, sich wegen bemusterter Offerten an ihre Lieferfirmen in Mazedonien zu wenden. 55 000 Tonnen griechischen Tabaks stehen für den Export zur Verfügung. Die britische Militärregierung hat die Einfuhr gestattet. — Norwegen: König Frederik und Königin Ingrid von Dänemark trafen zu einem Staatsbesuch in Oslo ein. — Palästina: Aus Protest gegen den Teilungsplan werden die Araber heute in den Generalstreik treten. — Vereinigte Staaten: Der USA-Botschafter in der Sowjet-Union hat wegen eines Artikels der den Präsidenten Truman mit Hitler vergleicht, ein Protestschreiben an Molotow gerichtet.

Soforthilfe der USA bereitet Schwierigkeiten

Schwergewicht liegt beim Kongreß — Bidault in Washington

Paris. Die von Präsident Truman nach Washington einberufene Tagung führender Persönlichkeiten des amerikanischen Kongresses, in der über die Frage einer Soforthilfe für die am meisten bedürftigen europäischen Länder beraten und vor allem die Frage geklärt werden sollte, ob eine solche Finanzhilfe ohne die umständliche und zeitraubende Einberufung der beiden Häuser des amerikanischen Parlaments durchführbar sei, hat mit einem Mißerfolg geendet. Nach einer 2 1/2 stündigen Diskussion erklärte Präsident Truman in einer Pressekonferenz, daß er die Präsidenten der auswärtigen und der Finanz-Kommission des Kongresses aufgefordert habe, sobald wie möglich zusammenzutreten, um die Frage einer Soforthilfe an Europa insbesondere an Frankreich, Italien und Oesterreich zu prüfen.

Wenn auch über die wichtige Tagung im Weißen Hause bis zur Stunde noch keine Einzelheiten vorliegen und die Teilnehmer zu Stillschweigen verpflichtet wurden, geht doch aus der von Präsident Truman in der anschließenden Pressekonferenz gemachten Erklärung hervor, daß die republikanischen Führer des Kongresses von einer Soforthilfe ohne Anhörung und Billigung des Kongresses nichts wissen wollen. In der Sitzung im Weißen Hause ist die Frage der Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Kongresses eingehend erörtert worden. Aber auch diese Frage soll erst dann endgültig entschieden werden, wenn die beiden Kommissionen das Problem als solches geprüft haben. Präsident Truman sagte, er selbst habe nicht entschieden, ob er den Kongreß

WELTNACHRICHTEN IN KÜRZE

Die Uebergabe aller bisher im britischen Gewahrsam befindlichen österreichischen politischen Internierten an die österreichischen Behörden kann als abgeschlossen betrachtet werden. Die Uebergabe bildet einen Schlüsselpunkt unter die britische Politik, der österreichischen Regierung die volle Verantwortung für die Entnazifizierung in Oesterreich zu übertragen.

Die vor einigen Tagen aus Argentinien nach Innsbruck zurückgekehrte Tiroler Skimannschaft wurde vor ihrer Abreise vom argentinischen Staatspräsidenten, General Peron, empfangen, der ihnen vorschlug, in Argentinien zu bleiben. Der argentinische Staatspräsident beabsichtigt, Europäer aus den Alpenländern in den argentinischen Bergtälern anzusiedeln.

Südwürttembergs Ernährungsbilanz

Gesicherte Rationen — Ausreichend Kartoffeln — Fleischkonservierungen

Tübingen. Der südwürttembergische Landtag ist auf Schloß Bebenhausen bei Tübingen zu seiner ersten Plenarsitzung nach den Sommerferien zusammengetreten. Die Abgeordnetenbanken wiesen erhebliche Lücken auf.

Im Anschluß an die einstimmige Annahme der neuen Geschäftsordnung des Landtages durch das Haus ergriff Staatspräsident Lorenz Bock das Wort zu einer Regierungserklärung über die Ernährungslage. Der Staatspräsident betonte, daß die Ernährungslage ständig die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehme. Für die Zeit vom 1. Oktober 1947 bis zum 30. September 1948 könne festgestellt werden, daß die Ernährung auf der Grundlage der bekanntgegebenen Zuteilungen keinerlei Grund zur Verzweiflung abgebe. Auch unter den ungünstigen Umständen könnten folgende Rationen aufrecht erhalten werden:

200 Gramm Brot täglich seien sichergestellt. Für 160 000 bis 180 000 Personen aus gewerblichen Betrieben würden außerdem täglich weitere 50 Gramm zusätzlich gewährt werden können. Die starke Beimischung von Mais werde verschwinden, ab 1. Oktober bis auf 20 Prozent, ab 1. November bis auf 10 Prozent. Man hoffe, sie späterhin ganz wegzulassen zu können. Im Oktober und in den folgenden Monaten könnte an die Bevölkerung 300 Gramm Maismehl ausgegeben werden. Die bisherige Teigwarenzuteilung könne man aller Voraussicht nach aufrecht erhalten. Auch die bisherige Zuteilung an Hülsenfrüchten von 400 Gramm werde weitergeführt. Bei der Einkellerung von Kartoffeln sei die Regelung so getroffen, daß die Sonderstädte 180 Kilo, die anderen Städte und Gemeinden 150 Kilo zur Einkellerung erhalten.

Auf dem Fleischsektor könne die bisherige Ration von 540 Gramm aufrecht erhalten werden. Das durch die erhöhte Viehschlachtung verstärkte anfallende Fleisch werde konserviert und später an die Bevölkerung

ausgegeben werden. Sehr viel Schwierigkeiten, so betonte der Staatspräsident weiter, seien auf dem Gebiet der Fettzuteilung zu erwarten. Man werde sich aller Voraussicht nach mit 150 Gramm zufrieden geben müssen.

Ein wunder Punkt sei die weitere Belieferung der Bevölkerung mit Zucker. Es werde nicht möglich sein, in den kommenden Monaten der Bevölkerung über 18 Jahren weiteren Zucker zuzuteilen. Der Staatspräsident wies dann auf die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, Milch und Käse hin. Hier könnten die Rationen aufrecht erhalten bleiben. In der Eierzuteilung siehe Südwürttemberg an der Spitze aller deutschen Länder.

Zusammenfassend könne gesagt werden, so betonte der Staatspräsident, daß die Lage gegenüber dem Vorjahr auf dem Kartoffel- und Obstsektor besser sei. Man wisse jedoch, daß die ausgegebene Ration an Lebensmitteln keineswegs eine Normalration sei. Die Ernährungslage sei zwar unbefriedigend, aber sie biete keinen Grund zu einer Panik oder zu alarmierenden Gerüchten. Von entscheidender Bedeutung für die Sicherstellung der Ernährung im Rahmen des Möglichen sei die positive Lösung des Transportproblems. Deutsche und französische Stellen seien bemüht, hier alles zu tun, damit die augenblickliche Transportkrise nicht zu einer Transportkatastrophe werde. An die Militärregierung richtete der Staatspräsident die Bitte, beim Anfall von Lebensmitteln die Genehmigung zur sofortigen Verteilung zu geben. An die deutschen Stellen richtete der Staatspräsident die Warnung, nicht zu versagen, dann einen Appell an die Landwirte, auch im neuen Wirtschaftsjahr ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen. Er betonte, daß die Regierung keinen Wert auf Bestrafung der bauerlichen Bevölkerung lege. Es gelte, den hungernden Volksgenossen im Geiste edler Menschlichkeit zu helfen. Wer aber böswillig sich weigere, seine Erzeugnisse der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, den treffe die Härte des Gesetzes.

Die Regierungserklärung Südwürttembergs bezüglich der Ernährungslage sticht wohlthuend von der Nervosität in anderen Ländern ab. Wenn auch die günstigere landwirtschaftliche Struktur Südwürttembergs anerkannt werden soll, so verrät die Regierungserklärung doch eine zielbewusste Vorarbeit zur Überwindung der zweifelsohne auch dort vorhandenen Schwierigkeiten auf dem Ernährungssektor.

Es wäre zu wünschen, daß auch bei uns in Südbaden baldigst eine Erklärung von maßgebender Stelle erfolgt, um Klarheit über die Ernährungslage zu erhalten.

Regierungsumbildung in England

London. Die seit über einem Monat erwarteten Umbesetzungen im britischen Kabinett wurden zum Teil bekannt gegeben. Sir Stafford Cripps übernimmt das neu gegründete Departement für wirtschaftliche Angelegenheiten. Der frühere Handelsminister hat die Aufgaben, die Arbeiten der mit der Durchführung seines Planes beauftragten wichtigsten Ministerien zusammenzufassen. Bisher koordinierte Morrison innerhalb des Kabinetts die Wirtschaftsfragen. Der 31-jährige Harold Wilson wird Sir Stafford Cripps in seinem Bemühungen unterstützen.

Wilson ist der neue Handelsminister und wird damit Kabinettsmitglied. Der bisherige Minister ohne Portefeuille, Arthur Greenwood tritt zurück. Dazu wird mitgeteilt, daß infolge der Berufung Sir Stafford Cripps auf einen neuen Ministerposten und angesichts der Bestimmung, daß das Kabinett nur 16 Mitglieder umfassen dürfe, Attlee sich gezwungen sah, Greenwood um seinen Rücktritt zu bitten.

Europäisches Defizit für 1947

New York. Das Gesamtdefizit von sechzehn europäischen Staaten für das Jahr 1947 beträgt schätzungsweise 1 Milliarde 787 Millionen Dollar. Zu diesen sechzehn Staaten zählen sowohl solche, die dem Ausschluß für eine europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit angehören, als auch solche, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind.

Dieses neue Studium finanzieller Bedürfnisse und Hilfsquellen der kriegsverwüsteten Länder ist unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse für konvertierbare Auslandswährungen durchgeführt worden. In dem Bericht wird weiter festgestellt, daß die Aufgabe des Wiederaufbaues Euro-

pas bei weitem bedeutender ist, als bei Gründung der Weltbank und des internationalen Währungsfonds angenommen wurde.

Nach den letzten Erklärungen der USA gewinne man den Eindruck, daß die US-Regierung, die bisher die Hauptrolle für die Unterstützung kriegsverwüsteter Länder gewesen sei, in Erwägung ziehe, weiterhin Hilfe zu gewähren. Solange jedoch die Absichten der amerikanischen Regierung nicht näher definiert seien, könne nicht vorausgesagt werden, wie den finanziellen Bedürfnissen der in Frage kommenden Länder Rechnung getragen werde.

Etappen

G. A. Seit der deutschen Kapitulation sind nun annähernd 29 Monate verflossen. Damals, nach dem ersten Weltkrieg, waren im gleichen Zeitraum alle Friedensverträge unterzeichnet und ratifiziert. Heute befinden sich die Siegerstaaten noch (oder erst?) in einem Stadium der Beratungen über den deutschen Frieden, die mit einer Reihe überaus komplizierter u. in ihrer Bedeutung weitreichender, grundsätzlicher Fakten verbunden sind. Ein politischer Kommentator des französischen Rundfunks sprach kürzlich angesichts des langen Kriegszustandes von einem „drôle de paix“. Und so hat es bei einer oberflächlichen Betrachtung auch oft den Anschein, als würden die Siegerstaaten ob ihrer eigenen Belange vergessen, mit Deutschland den Kriegszustand zu beenden. Ein äußerer Anlaß brächte nach Jahren vielleicht ein Sicherinnern; Monaco wäre dann nicht das einzige Beispiel in der Geschichte.

Wer aber mit der Politik innerlich verwachsen ist und sich, bei dem scheinbaren Durcheinander in der Weltpolitik, ein klares Auge bewahrt hat, wird erkennen, daß die Vielzahl der Nachkriegs-Konferenzen Etappen auf dem Weg zum Frieden darstellen und als solche wesentlich sind. Denn: die Konsolidierung der zur Zeit noch unterschiedlichen Anwendungsmethoden bei der Behandlung des deutschen Problems bildet die wesentlichste Voraussetzung und die Gewährleistung für einen dauerhaften Frieden.

Als eine solche Etappe muß auch der diplomatische Krieg zwischen Amerika und der Sowjetunion angesehen werden, der teils offen zum Ausbruch kommt, teils für uns nicht wahrnehmbar hinter den Kulissen der Weltöffentlichkeit ausgetragen wird. Wir verwiesen an dieser Stelle (Nr. 22) schon einmal auf die konträre Diplomatie der westlichen und asiatischen Welt. François-Poncet bestätigte kürzlich in einem Kommentar anlässlich des Rededuels Marshall-Wytschinski unsere Auffassung im „Figaro“. Und weil gerade der Deutsche in seiner derzeitigen Lage zwangsweise in den Irrtum verfallen muß, die Weltpolitik von einem begrenzten Sektor aus zu sehen und Gefahr läuft, danach die Gesamtlage zu beurteilen, also ganz andere Perspektiven entstehen, möchten wir unseren Lesern die Gedankengänge nicht vorenthalten: „Der Orientale weiß, daß das Leben die Gegensätze verbindet. Für uns Europäer gibt es entweder den Frieden, der den Krieg ausschließt, oder es gibt den Krieg, der den Frieden ausschließt. Aber für den Orientalen — und die Diplomatie Stalins ist ganz asiatisch — gibt es einen Zustand, der nicht Krieg und nicht Frieden ist, der das eine wie das andere ist: der Friede mit den Mitteln des Krieges und der Krieg mit den Mitteln des Friedens. Diesen Zustand will Stalin beibehalten, weil er ihn für seine Interessen und Bestrebungen als außerordentlich günstig erachtet.“ Dieser uns wesensfremde Zustand — der Friede mit den Mitteln des Krieges, wobei wir des „diplomatischen“ Krieges sagen und hoffen möchten — beherrscht auch jetzt das Bild der Vollerfassung der Vereinten Nationen. Zwei Großmächte, eine westliche und eine östliche, zwei Weltanschauungen ringen um den Erhalt und die Formel des Friedens. Die Entwicklung der natürlichen Gegensätzlichkeiten zu einer programmatischen Gemeinschaft, ist das Ziel.

Die Welt, und in verstärktem Maße Deutschland, blickt nun, trotz ungünstigster Prognosen, in hoffnungsvoller Erwartung auf die Ende November in London stattfindende Außenminister-Konferenz. Wird sie den Frieden, den unteilbaren Frieden bringen? Oder eine Stabilisierung und neue Verschärfung der Gegensätzlichkeiten, die dann zwangsläufig zu einem Sonderfrieden im Sinne Hoovers führen müßten und, wie wir an anderer Stelle berichten, auch für Japan bereits in Erwägung gezogen wird? Die kommenden Beratungen der vier Außenminister in London bilden die letzte Etappe eines Weges, der, so oder so, ein Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit sein wird.

